



## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 49) Palästina und Naher Osten**

### **Auf der Grundlage der Entschliefungen Nr. 40, Nr. 41, Nr. 43 und des Änderungsvorschlags Nr. 15 zur Entschließung Nr. 40**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika,  
27.-30. November 2012,**

#### **WEIST DARAUF HIN,**

- dass die PSI die Auffassung unterstützt, dass Frieden und Stabilität im Nahen Osten nur dann einkehren werden, wenn ein souveräner, unabhängiger, demokratischer, zusammenhängender und lebensfähiger palästinensischer Staat geschaffen wird, der neben einem Staat Israel mit gesicherter Existenz besteht.
- Von größter Bedeutung für eine langfristige Friedenslösung ist der Widerstand der gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen, und der Kongress beschließt deshalb den Ausbau der Kontakte sowohl mit den palästinensischen als auch mit den israelischen Arbeitnehmerorganisationen, die Gleichheit, Menschenrechte und internationales Recht unterstützen, unter Verweis auf die Notwendigkeit von Kollektivmaßnahmen und in Erkenntnis ihres gemeinsamen Interesses an Einigkeit und Freiheit.
- Die PSI verurteilt alle Formen der Ungerechtigkeit und der Missachtung internationalen Rechts, ist aber der Meinung, dass die Besetzung der Westbank, die Blockade des Gazastreifens und die Existenz rechtswidriger israelischer Siedlungen zur Fortsetzung der Instabilität und der Gewalt in der Region führen.
- Der Kongress ist der Überzeugung, dass ein Ende der Isolierung des Gazastreifens ein wichtiger Schritt in Richtung einer Konfliktlösung wäre, und fordert die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens sowie eine Beendigung der Besetzung der Westbank durch Israel sowie die Aufgaben aller Siedlungen.

**WEIST WEITERHIN DARAUF HIN,** dass die Annektierung großer Landstriche durch Israel unter Missachtung internationalen Rechts, die Errichtung von Grenzwällen und Kontrollpunkten und die damit verbundene Zerstörung palästinensischen Siedlungsraums eine gezielte Strategie zur Schwächung der Existenzfähigkeit des Westbank und deshalb der Möglichkeit eines unabhängigen palästinensischen Staates ist.

#### **Deshalb UNTERSTÜTZT der Kongress**

die Forderung des palästinensischen Gewerkschaftsdachverbandes PGFTU an die internationale Gewerkschaftsbewegung, sich für die Initiative der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzusetzen, die eine sofortige Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen verlangen; und

#### **WEIST DIE PSI AN,**

- Die Forderung des PGFTU nach einer Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen zu unterstützen;
- Mit anderen internationalen Branchengewerkschaften bei der Entwicklung einer Kampagne gegen Unternehmen zusammenzuarbeiten, die von der Besetzung profitieren, um sie davon zu überzeugen, auf jede weitere wirtschaftlicher Tätigkeit in den illegalen Siedlungen und Industriezonen in der besetzten Westbank und in Ostjerusalem zu verzichten;
- Auf die Ausbeutung der palästinensischen Arbeitskräfte in den Siedlungen und den Industriezonen hinzuweisen und diese Zustände zu beenden;

- an die Gewerkschaftsbewegung weltweit zu appellieren, so dass alles Menschenmögliche unternommen wird, um die israelische Regierung zu beeinflussen und unter Druck zu setzen, damit die UN-Resolutionen eingehalten und der illegalen Besetzung und Besiedlung von palästinensischem Land sowie der Ausbeutung der palästinensischen Ressourcen ein Ende gesetzt wird.
- Mittel zur Unterstützung des Aufbaus von demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in Palästina und der Subregion als Ganzes bereitzustellen und Kontakte zwischen GewerkschafterInnen in Palästina und in anderen Ländern zu fördern, um Gelegenheiten für Aus-/Weiterbildung und die Ausweitung wirksamer Solidaritätsmaßnahmen zu bieten; und

#### **FORDERT DIE MITGLIEDER AUF,**

- Die Forderung des PGFTU nach einer Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen zu unterstützen und sich bei den einzelstaatlichen Regierungen dafür einzusetzen, diesem Beispiel zu folgen;
- Bei ihren Regierungen und der internationalen Gemeinschaft zu intervenieren, um einen dauerhaften Frieden durch eine auf gegenseitigem Respekt und Selbstbestimmung basierende Verhandlungslösung zu erreichen, die Gerechtigkeit für Palästina und Sicherheit für Israel garantiert;
- Weiterhin den Druck auf Israel zu erhöhen, die Besetzung der palästinensischen Territorien zu beenden, den Grenzwall abzureißen und die Siedlungen aufzugeben, indem eine Kampagne gegen dort wirtschaftlich tätige Unternehmen geführt wird, die von der Besetzung, den illegalen Siedlungen und dem Grenzwall profitieren, indem die Anwendung des Völkerrechts durchgesetzt wird, das bezüglich des Exports von Produkten aus den besetzten Gebieten keine Ausnahme zulässt;
- An die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu appellieren, die europäischen Rechtsvorschriften betreffend die Rückverfolgbarkeit von Produkten anzuwenden;
- Im Rahmen der sozialen Verantwortung von Unternehmen mit den ArbeitnehmerInnen der betroffenen Unternehmen zusammenzuarbeiten, sodass sie alle Geschäftstätigkeiten in den illegalen Siedlungen oder im Zusammenhang mit den illegalen Siedlungen einstellen;
- Druck auf in Israel niedergelassene Unternehmen und die israelische Regierung auszuüben, damit der Grundsatz der menschenwürdigen Arbeit für alle eingehalten wird, im Einklang mit den acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und gemäß den Schlussfolgerungen der Schlussresolution der Rio+20 Konferenz.

Hier können alle [Kongressentschließungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.